

Medienmitteilung

Vernehmlassung Agrarpolitik 2014 bis 2017

BDP setzt sich für eine produzierende und nachhaltige Landwirtschaft ein

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP fordert in ihrer Vernehmlassungsantwort zum revidierten Landwirtschaftsgesetz fünf Änderungen der vorgeschlagenen Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2014/17, insbesondere im Bereich der Tier- und der Anpassungsbeiträge.

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP, welcher die Förderung und Erhaltung einer produzierenden und nachhaltigen Landwirtschaft ein grosses Anliegen ist, dankt für die Gelegenheit, zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes Stellung nehmen zu können. Positiv beurteilt die BDP Schweiz die Beibehaltung des bisherigen Zahlungsrahmens für die Landwirtschaft und die bessere Kommunizierbarkeit der erbrachten multifunktionalen Leistungen durch die Bauernfamilien. Nach Auffassung der BDP muss die Vorlage allerdings in fünf Punkten korrigiert werden.

1. Einfach umsetzbares System, das keinen zusätzlich administrativen Mehraufwand generiert.

Der administrative Aufwand muss gesenkt werden resp. darf mit den Ideen und Absichten der Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems nicht weiter erhöht werden. Dies ist bei der Ausgestaltung der einzelnen Beiträge zu berücksichtigen.

2. Beibehaltung Beiträge für Tiere

Die Beiträge für Tierhaltung unter erschwerten Produktionsbedingungen (TEP) und die Beiträge pro Raufutter verzehrende Grossvieheinheit (RGVE) sollen weiterhin ausgerichtet werden, da sowohl innen- wie auch aussenpolitisch kein Anpassungsbedarf besteht und diese Massnahme ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Tierhaltung im Berggebiet darstellt. Hingegen sollen mit einer Anpassung der Förderlimiten der Tierbesatz ökonomisch und ökologisch optimiert werden.

3. Reduktion der Anpassungsbeiträge

Die Anpassungsbeiträge sollen auf das notwendige Minimum reduziert (max. 10 %) und zeitlich begrenzt werden. Bei einer Hofübergabe innerhalb der Familie sollen die Anpassungsbeiträge betriebsgebunden sein. Es ist kann nicht Sinn einer weiterentwickelten Agrarpolitik sein, dass Betriebsübernahmen bis nach der Übergangsfrist hinausgeschoben werden.

4. Einbezug von ökologischen und sozialen Aspekten

Die BDP steht der Initiative von fünf Kantonen, in welcher ein Einfuhrverbot von Lebensmitteln aus sozial und/oder ökologisch unhaltbaren Produktionsbedingungen gefordert wird, positiv gegenüber. Der Bundesrat soll sich dafür einsetzen, dass beim freien Handel mit Nahrungsmitteln nicht nur die finanzielle Seite, sondern vermehrt auch die ökologischen und sozialen Aspekte einbezogen werden.

5. Angemessene Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen

Die spezifischen Verhältnisse in der Landwirtschaft und insbesondere im Berggebiet müssen vor dem Hintergrund der gemeinwirtschaftlichen Leistungen besser berücksichtigt werden. Dabei ist dem Aufwand der Bewirtschaftung in Hanglagen entsprechende Bedeutung beizumessen. Zudem sollen die bereits heute eingeführten ökologischen Programme in der Landwirtschaft bei der Ausgestaltung der neuen Instrumente berücksichtigt werden.

Auskunft:

NR Hansjörg Hassler, 079 438 50 53

29.06.2011